

Seite 1

Vier Fragen an Josef Joffe // Was macht die Welt? // Fischer muss den USA helfen, Polen Kleingedrucktes lesen

Die EU hat in Nizza versucht, sich zu reformieren. Wie lange wird es nun bis zur Erweiterung noch dauern?

Theoretisch bis 2004, hieß es in Nizza; damit hat der Club der 15 zum ersten Mal ein konkretes Datum genannt. Dann aber kam das klein Gedruckte, in dem steht: Die EU habe die "Hoffnung", dass dem so sein wird. Und der französische Europa-Minister Pierre Moscovici fügte gar nicht so klein gedruckt hinzu: "Das ist keine Verpflichtung." Die Herren und Damen Polen etc. dürfen sich also nur verhalten freuen. Um ihre realen Chancen zu ergründen, müssen sie von nun an fleißig die Zeitungen daraufhin lesen, wie sich der unterirdische, aber zähe Machtkampf zwischen Berlin und Paris entwickelt. Unsere französischen Freunde wollen weder die zügige Erweiterung noch eine Stimmenneugewichtung zugunsten der Rechtsrheinischen. Wer wo wann nachgibt, entscheidet über den Aufnahmekalender.

Drei deutsche Minister nehmen in dieser Woche an einer deutsch-chinesischen Umweltkonferenz teil. Kann Deutschland in Sachen Ökologie eine internationale Vorreiterrolle einnehmen? Auf jeden Fall eine rhetorische; da reiten die Deutschen an der Spitze. In der Praxis entscheidet das Parallelogramm der Interessen. Die Chinesen stehen gerade am Anfang von Motorisierung und Industrialisierung, folglich am Anfang eines ökologischen Bewusstseins. Vordenker V. I. Lenin nannte derlei das Problem der "ungleichen Entwicklung". Unsere Nachbarn im Osten haben kein Geld, um ihre Atomkraftwerke auf westlichen Sicherheitsstandard zu bringen. Was wäre euch denn die Sache wert?, fragen sie ihre reichen westlichen Nachbarn. Fazit: Auch die Ökologie ist keine Frage des Prinzips, sondern des Preises.

Nach vielen gerichtlichen Niederlagen hat Al Gore einen wundersamen Sieg davongetragen: Das Oberste Gericht von Florida hat ihm die Hand-Nachzählung in diversen Wahlkreisen zugesprochen. Ist ihm die Präsidentschaft sicher?

Nicht so schnell. Jetzt wird die Sache noch verwickelter. Die Bushies bemühen nun ihrerseits die Gerichte. Am Dienstag muss die Florida-Delegation stehen, und laut Bundesrecht hat das Parlament die Macht, im Zweifel eine Wahlmänner-Truppe zu benennen. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse werden das Republikaner sein. Dann können zwei Delegationen ums Stimmrecht streiten. In diesem Fall entscheidet der Kongress. Nur: Im 50-50-Senat hat der Vizepräsident die entscheidende Stimme, und der heißt Gore. Im Haus haben die Republikaner die Mehrheit. Also Patt. Also muss der Supreme Court in Washington entscheiden, also... Doch am 20. Januar ist der Spuk zu Ende. Oder auch nicht.

Ein Wort zum deutschen Außenminister... Wie wär's dann mit "Joschka for President"? Geht leider nicht, weil die US-Verfassung einen gebürtigen Amerikaner vorschreibt. Aber wir Deutschen sind immer gern mit guten Ratschlägen zur Hand. Wir fordern deshalb, dass Fischer am 20. Januar in Washington bereit steht, um Vermittlung anzubieten. Josef Joffe ist Herausgeber der "Zeit".